



Katrin für den Bundestag

Bei den vorgezogenen Neuwahlen zum Bundestag ist Katrin Schmidberger unsere Kandidatin für die Erststimme im Wahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg und Prenzlauer Berg Ost: ein Einblick in ihren Politikalltag.

Ein Donnerstag im Dezember. Auch wenn der Wahltag noch einige Wochen entfernt liegt, ist die Stimmung aufgeheizt. Zu vieles wurde in der letzten Zeit der Ampel-Regierung liegen gelassen und auch schon von der großen Koalition davor. Wirtschaftsliberale Kräfte haben die Fragen der sozialen Gerechtigkeit rücksichtslos ihrer Marktideologie geopfert. Insbesondere beim Thema „bezahlbares Wohnen“ ist nichts passiert. Die steigenden Mieten und Gentrifizierung sind zu einer der sozialen Fragen unserer Zeit und gerade in Großstädten zum Brennpunkt geworden.

Die Sonne scheint, aber es ist kalt. Winterwahlkampf eben. Katrin hat schon zwei Termine hinter sich, mit ihr dabei ist Maria Haberer, ihre engste Mitarbeiterin. Wir treffen uns in der Kolonnenstraße vor einem unscheinbaren Bürogebäude. Drinnen soll ein Mini-Mietengipfel der Regierungsparteien stattfinden, von

dem keine Ergebnisse zu erwarten sind. Draußen lauter Protest. Es geht um einen Mietestopp in angespannten Wohnungsmärkten und den bundesweiten Mietendeckel. Katrin ist sofort mittendrin. Das ist ihr Thema: Seit 13 Jahren kämpft sie im Berliner Abgeordnetenhaus für gerechte Mieten und gegen den Missbrauch von Wohnraum als Spekulationsobjekt. Den Mietendeckel in Berlin hatte sie selbst mit auf den Weg gebracht.

Mietendeckel jetzt!

„Was sind die drei wichtigsten Gründe, warum wir die Mietenkatastrophe haben?“, frage ich.

„Erstens: Wir haben zu viele Immobilienspekulanten auf dem

Markt, Akteure, die nur Rendite machen wollen, auch weil viel in Berlin privatisiert wurde. Zweitens: Die Mietengesetzgebung ist zu lax, es gibt zu viele Lücken beim Mieterschutz und das Machtgleichgewicht zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen hat sich verschärft. Und drittens: Wir brauchen Neubau, aber den Richtigen. Nur Neubau und egal wie teuer nutzt niemandem. Die Frage ist, was gebaut wird und für wen! Wir brauchen eine echte Wohngemeinnützigkeit mit Genossenschaften, Stiftungen und den landeseigenen Wohnungsunternehmen. Wir brauchen den Wiener Weg: Eine einmal sozial geförderte Wohnung ist immer eine sozial gebundene Wohnung und kann nicht nach 30 Jahren zu Höchstmieten auf den Markt.“

Gleichzeitig mit der Berliner Aktion finden Veranstaltungen in Hamburg und Köln statt. Hier in Berlin sind viele Akteur*innen heute da und suchen das Gespräch mit Katrin. Justus von der Initiative „Deutsche Wohnen Enteignen“, ein Journalist vom Neuen Deutschland fragt nach einem Termin, später kommt Christina-Johanne Schröder dazu, sie ist grüne Abgeordnete im Bundestag aus Niedersachsen und stadtentwicklungspolitische Sprecherin. Aber vor allem wenden sich betroffene Mieter*innen an Katrin und die hört zu.

Stillstand in der Mietenpolitik

Nach einer guten Stunde ziehen wir weiter ins Abgeordnetenhaus. Heute ist Plenum: Thema ist der katastrophale Sparhaushalt von Bürgermeister Wegner. Katrin hat in ihrer Zeit im Abgeordnetenhaus schon viele Höhen und Tiefen miterlebt, aber das Haushaltschaos der Regierung hat neue Qualität. Sie ist eben auch Haushaltspolitikerin und befürchtet – wie viele andere –, dass der Kahlschlag der Berliner Kultur, aber auch bei sozialen Trägern, der Verkehrswende und Projekten der Bildungsarbeit, bleibende Narben hinterlassen wird.

Auch beim Thema Mietenpolitik herrscht Stillstand. Die Bilanz der aktuellen Regierung ist mager: Der Volksentscheid für die Vergesellschaftung von profitorientierten Wohnungsunternehmen wird verschleppt, es wird nichts gegen Eigenbedarfskündigungen, gegen Abriss und Leerstand getan und Vorhaben, die sogar im Koalitionsvertrag stehen, wie zum Beispiel die Mietpreisprüfstelle, werden nicht richtig umgesetzt. Stattdessen treibt der Senat die Bebauung des Tempelhofer Feldes gegen den Willen der Stadt voran und erlaubt den landeseigenen Wohnungsunternehmen, bei den eigenen Mieter*innen die Mieten drastisch zu erhöhen.

Licht und Schatten

Inzwischen sind wir in Katrins Büro angekommen. Viel Zeit haben wir nicht mehr, ein Kamerateam ist in 20 Minuten für einen Video-Dreh angemeldet. Ich frage, wie sie ihre Zeit im Abgeordnetenhaus rückblickend beurteilt:

„Da gab es Licht und Schatten. Wir haben einiges für Berlin erreicht, was es vorher nicht gab, wie die kostenfreie Beratung für alle Mieterinnen und Mieter und den Ausbau der Milieuschutzgebiete. Das hat bei uns im Kiez – in Friedrichshain-Kreuzberg – angefangen und mittlerweile gibt es stadtweit über 80 solcher Gebiete! Unser Bezirk war auch Spitzenreiter bei der Ausübung des Vorkaufsrechts, was ja leider so nicht mehr möglich ist. Übrigens kämpfen wir auch aktuell für das Vorkaufsrecht und die Mieter*innen der Schönleinstraße 19. Aber wir wissen auch, dass das bei weitem nicht ausreicht, um der massiven Immobilienspekulation entgegenzuwirken. Ich habe immer wieder versucht, in Einzelfällen zu helfen, und selbst erlebt, wie frustrierend und traurig es ist, wenn das nicht gelingt. Ähnlich beim Mietendeckel: Als wir ihn eingeführt haben, waren die Menschen so euphorisch. Viele haben mir gesagt, dass sie endlich wieder an die Politik glauben. Dass sich Politik auch positiv auf den Alltag auswirken kann. Endlich steht die Politik mal auf der Seite der Mieter*innen und nicht beim großen Kapital.“

„Du hast das ja stark vorangetrieben. Und dann kam das Aus.“

„Als im April 2021 das Urteil vom Bundesverfassungsgericht kam, haben wir eine spontane Demo durch Kreuzberg gemacht, alle waren wütend und traurig. Davor waren in Berlin die Mieten tatsächlich gesunken. Wir konnten also zeigen: Steigende Mieten sind kein Naturgesetz! Und was wir dennoch erreicht haben: Wir haben eine öffentliche Debatte in Gang gesetzt: Wer regelt Mieten, wer ist verantwortlich? Klar geworden ist dabei: Die großen Instrumente, die großen Hebel liegen beim Bund.“

Weiterkämpfen im Bund

Das Kamerateam ruft an, sie sind unten im Foyer angekommen. Maria macht sich auf, um die beiden abzuholen.

„Daher zieht es Dich also jetzt in den Bundestag?“

„Ich habe den Berliner*innen versprochen, den Wohnungsmarkt fairer und gemeinwohlorientierter auszurichten. Mein Eindruck ist, im Bundestag interessieren sich immer noch viel zu wenige für dieses Thema. Auch der Deutsche Städtetag und

alle Mieterverbände kritisieren das zu Recht. Die Situation für Mieter*innen wird nicht besser, auch wenn schon viele verdrängt wurden: Der Kampf lohnt sich immer noch.“

„Immerhin haben wir jetzt 3 Jahre in der Ampel mitregiert. Da ist aber so gut wie nichts passiert?“

„Das war ein Totalversagen der Ampel. Die Mieter*innen sind in diesen Jahren faktisch ärmer geworden. Das Wohngeld wurde erhöht, aber wozu? Um teurere Mieten zu bezahlen! Und bei allen anderen ist die Kaufkraft gesunken, weil immer mehr Geld für die Miete aufgebracht werden muss. Auch volkswirtschaftlich ist das irrsinnig. Wir brauchen Entlastung. Wir brauchen einen sofortigen Mietestopp und dann den bundesweiten Mietendeckel, also eine Öffnungsklausel für Städte mit angespannten Wohnungsmarkt, damit die selbst die Mieten regulieren können. Mit der FDP war das nicht zu machen. Die hatten einen Deal mit der SPD zur Vorratsdatenspeicherung ausgehandelt hatten. Politischer Kuhhandel auf dem Rücken der Mieter*innen in Deutschland.“

Unsere 20 Minuten sind längst um. Das Kamerteam scheint verschollen

Alle Infos zum Wahlkampf findet ihr hier:



Demo beim Mietengipfel

Foto: Moritz Blanke

zu sein.

„Wollt ihr das hier drehen?“, frage ich.

„Ja, warum nicht?“

Ich blicke auf das Durcheinander in den Regalen und den voll beladenen Tisch.

„Als Hintergrund vielleicht etwas unruhig ...“ -

„Ich weiß!“ unterbricht mich Katrin scharf und lacht. „Mein kreatives Chaos. Es gibt eben vieles, was mich umtreibt und mit dem ich mich beschäftige, da leidet manchmal der Schreibtisch.“

Das bringt mich direkt zu meiner nächsten Frage:

„Und das wäre, zum Beispiel?“

Soziale Gerechtigkeit

Nicht umsonst war Katrin lange Zeit Koordinatorin des linken Flügels in Berlin. Soziale Gerechtigkeit ist ihr Thema. Sie stammt aus einer Arbeiterfamilie, ist Tochter einer alleinerziehenden Mutter, die als Reinigungskraft gearbeitet hat. Am eigenen Leib hat sie miterlebt, wie Ungerechtigkeiten System haben können. Als geschiedene Frau hatte ihre Mutter wegen des Ehegattensplittings weniger verdient als ihre verheirateten Kolleginnen. Und auch in der Schule wurde sie immer wieder in Frage gestellt, weil sie aus einer bildungsfernen Familie kommt. Das hat sie früh politisiert.

„Wir brauchen eine Solidarisierung der Systeme. Zum Beispiel bei der Gesundheitsversorgung. Die Versorgung in gesetzlichen und privaten Krankenkassen driften immer weiter auseinander. Daher rührt, denke ich, zum Teil der Frust und das Misstrauen in Politik: Die lassen das immer so weiter laufen. Da will ich ran. Und wir brauchen die soziale Wärmewende. Öko und sozial muss zusammen funktionieren. Wir kriegen die Menschen nur auf unsere Seite für Klimaschutz

und Klimawende, wenn wir eine soziale Antwort haben.“

„Worin siehst du ...“

„Moment!“ – Katrins Handy klingelt.

„Das war das Sat 1-Frühstücksfernsehen.“ Katrin grinst kurz. Auch dort ist ihre Expertise inzwischen gefragt. Unsere Zeit ist um. Maria hat das Kamerteam gefunden.

„Wir sehen uns am Sonntag!“

Kampf gegen Verpackungsmüll

Drei Tage später. Sonntag, zweiter Advent, es ist grau und nieselig. Ein Stand vor der Markthalle 9. Die üblichen Fragen, zum Ampel-Aus, zum Krieg in der Ukraine und den Waffenlieferungen, zu den Klimazielen und dem drohenden schwarzen Rollback. Viele sind gekommen – auch jetzt schon, in dieser frühen Phase des Wahlkampfs und trotz des trüben Wetters – um Katrin zu unterstützen. „Das freut mich irrsinnig und macht mir Mut,“ sagt sie. Ich schaue mich um.

„Maria?“

„Hat heute mal Pause. Muss.“

Ich begleite sie zur nächsten Aktion: Müllsammeln im Bereich Ostseestraße im Prenzlauer Berg. Die Fahrräder lassen wir am Kotti stehen und fahren mit der U-Bahn weiter. Kaum unterwegs, bittet ein Mann um Unterstützung. Ich schaue mich um, wo sind sie, die versteinerten Gesichter und Pokerfaces? Heute ist es anders, gerade hier. Viele helfen, viele vor allem, die es vermutlich auch nicht so dicke haben. Katrin zückt ihren Geldbeutel.

„Warum klebt an uns das Image, das Klima über den Menschen zu stellen? Nicht sozial zu sein und nur Dinge zu fordern, die Menschen mit durchschnittlichem Einkommen nicht bezahlen können? Warum wird zu wenig

gesehen, dass die Folgen einer umgebremsten Erderwärmung nicht nur katastrophal wären, sondern für alle sehr viel teurer als alle jetzt vorgeschlagenen oder bereits eingeleiteten Maßnahmen zusammen?“

„In der Kommunikation, wie Klimawandel sozial gelingen kann, sind leider Fehler passiert, auch in der Umsetzung. Und die Rechten haben den Menschen jahrelang eingeredet, der ökologische Umbau wäre zu teuer, unsozial und unnötig. Wir könnten einfach weitermachen wie bisher. Mit Vollgas gegen die Wand. Jetzt wollen sie sogar – ohne Endlager! – den horrend teuren Atomstrom zurück. Wir mussten Grüne Ideen immer verteidigen. Aber da dreht sich was. Immer mehr Menschen erkennen, dass die wahre Zerstörung im konservativen ‚Weiter so‘ liegt.“

Ostseestraße Ecke Prenzlauer Allee. Wir starten die Aktion, ausgestattet mit Müllsäcken und Holzstangen. Trotz der gründlichen Arbeit der BSR bleibt immer noch zu viel liegen, an unzugänglichen Stellen. Vor allem Plastikabfälle. Und erstaunlich viele Kippen. Es ist wenig los auf den Straßen an diesem grauen Sonntag. Aber auch hier erleben wir nur Unterstützung, alle finden gut, was wir da machen. Am Ende füllt jede* von uns pro Stunde einen Müllbeutel. Ein beachtlicher Haufen kommt da zusammen. Ich schaue zu Katrin hinüber. Sie ist sehr ernst.

„Verpackungsmüll, kurz benutzt, dann achtlos weggeworfen. Und dann als Dreck für Jahrzehnte in der Natur. Was tun wir da? Was sind wir denn für nachfolgende Generationen? Die Messis unseres Planeten? Es wird Zeit, dass sich was ändert. Und zwar jetzt.“

■ Henry Arnold

Steuerschulpfächer schließen – Privilegien abschaffen

Wie wir eine gerechte Zukunft gestalten können

Der Diskurs über Gerechtigkeit ist völlig entgleist. In den Debatten werden gezielt Neid und Missgunst geschürt, gepaart mit Ausgrenzung und Abwertung. Menschen mit niedrigen Löhnen, Menschen im Bürgergeld und Geflüchtete werden gegeneinander ausgespielt und aufgewiegelt. Menschen sollen dazu gebracht werden, nach unten zu treten. Diese Art der Debatte zerstört die Gesellschaft von innen und das machen wir GRÜNEN nicht mit.

Es ist Zeit, die soziale Frage wieder neu zu stellen und die Debatte wieder dorthin zu bringen, wo tatsächlich Ungerechtigkeit grassiert. Über Jahre haben es starke Lobbys geschafft, Privilegien für extrem reiche Menschen in Gesetzen zu schreiben. Sie erben teils hunderte Millionen und zahlen keinerlei Erbschaftssteuer. Sie spekulieren mit Immobilien, treiben Mieten nach oben und profitieren von Steuerabzügen beim Immobilienverkauf. Steuerprivilegien für wenige, sehr reiche Menschen müssen wir abschaffen, Mieten müssen endlich ernsthafte reguliert werden und Löhne stärker steigen.

Vonovia kauft 100.000 Wohnungen – und zahlt keinen Cent Grunderwerbssteuer

Ein Beispiel: Wenn man die richtigen Steuerschlupflöcher kennt, lassen sich mehr als 100.000 Wohnungen in Berlin kaufen und genau 0 € Grunderwerbssteuer zahlen. Das Wohnungsunternehmen Vonovia hat im vergangenen Jahr die Deutsche Wohnen inklusive der Wohnungsbestände gekauft. Normalerweise wird in solchen Fällen die Grunderwerbssteuer fällig: Bei einem Ankauf von einem solchen Umfang

wäre das ungefähr eine Milliarde Euro (1.000.000.000 €), die an das Land Berlin gezahlt werden müssten. Zum Vergleich: Die schwarz-rote Berliner Landesregierung streicht im Moment ungefähr 3 Milliarden Euro für das Jahr 2025. Eine zusätzliche Einnahme über eine Milliarde Euro würde also einen großen Beitrag zur Sicherung von Kultur- oder Jugendfreizeiteinrichtungen leisten. Aber nicht mit der Vonovia. Während Privatpersonen bei einem Hauskauf Grunderwerbssteuer zahlen müssen, nutzt das Wohnungsunternehmen einen Trick: Die Grunderwerbssteuer wird erst fällig, wenn ein Unternehmen mindestens 90% eines anderen Unternehmens ankauft. Um diese Schwelle nicht zu überschreiten, wurde für die Übernahme ein Firmenkomplex geschaffen. So hat Vonovia de facto die Kontrolle über 100% der angekauften Wohnungen, aber übernimmt nicht mehr als 90% der Anteile.

Gerechtigkeitslücken im Steuersystem schließen – die Reichsten müssen einen fairen Beitrag leisten

Dieser Fall zeigt exemplarisch: Das deutsche Steuersystem ist unübersichtlich und weist substanzielle Lücken auf, meist zu Ungunsten der breiten Bevölkerung. Jahrzehntlang wurden Ausnahmen in Gesetzen aufgenommen, die nur sehr wenigen, sehr reichen Menschen zugutekommen. Unsere Gesellschaft insgesamt hat von diesen Steuerlücken praktisch nichts. Während die große Mehrheit der erwerbsfähigen Menschen arbeitet und genau wie kleine und mittlere Unternehmen fair reguläre Steuersätze



Andreas Audretsch

Foto: Vincent Villwock

zahlt, ist es einigen möglich, sich mit heute noch legalen Ausnahmen der gemeinsamen Verantwortung für das Gemeinwohl steuerlich weitgehend zu entziehen. Nicht alles, was heute legal ist, ist fair. Das hat negative Effekte auf das für unseren Zusammenhalt so wichtige Vertrauen, dass es in unserem Land gerecht zugeht. Zugleich verschärfen die Einnahmefälle Probleme, zum Beispiel bei der Finanzierung von Jugendeinrichtungen oder Kulturstätten wie aktuell in Berlin. Wir setzen uns für ein gerechteres Steuersystem ein, das solche Schlupflöcher konsequent schließt und faire Beiträge von allen sicherstellt.

Für ein gutes Leben, das man sich auch leisten kann.

Wir wissen alle, wie wichtig ein starker Sozialstaat, gute Bildungsein-

richtungen oder eine verlässliche Gesundheitsversorgung sind. Als Ampel-Regierung haben wir den Sozialstaat gerechter, einfacher und würdevoller gemacht. Das Bürgergeld hat Hartz IV abgelöst, die Leistungshöhe berücksichtigt Inflation nun im Vorhinein, und nicht erst im Nachhinein. Kindergeld, Kinderzuschlag und Wohngeld wurden erhöht. Unter dem Strich ein Mehr an sozialer Sicherheit, wovon sehr direkt besonders Kinder und Jugendliche profitieren. Aber wir wissen auch, dass es noch viel zu tun gibt: Der Sozialstaat muss einfacher, digitaler und zugänglicher werden – damit die, die auf Hilfe angewiesen sind, diese auch bekommen. Mit 9- und 49-Euro-Ticket haben wir die Kosten für Bus und Bahn gesenkt und erstmalig ein deutschlandweites Ticket eingeführt. Das war ein Erfolg, gleichzeitig müssen wir jetzt darum kämpfen, dass der Preis für das Deutschlandticket bezahlbar bleibt.

Wer arbeitet, muss davon auch leben können – und fürs Alter vorsorgen. Mit Tarifverträgen ist beides möglich, deswegen muss Bezahlung nach Tarif zum Standard werden. Mit einem Tariftreuegesetz würden staatliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden, die auch nach Tarif bezahlen. Der Mindestlohn sollte 2025 bei 15 Euro liegen – und zukünftig mit der allgemeinen Lohnentwicklung wachsen, wie es auch die EU-Mindestlohnrichtlinie mit ihrem Referenzwert vorsieht. Als Gewerkschaftsmitglied liegt mir dies besonders am Herzen, ebenso wie die gleiche Entlohnung von Frauen und Männern, gute Arbeitsbedingungen und familienfreundliche Arbeitszeiten.

Für eine solidarische Gesellschaft

Wir GRÜNE kämpfen für eine Gesellschaft, in der Wohlstand nicht nur für die wenigen, sondern für alle da ist. Eine Gesellschaft, die den Klimawandel bekämpft und gleichzeitig sozial gerecht bleibt. Eine Gesellschaft, die in die Zukunft investiert – in Bildung, Gesundheit, Klimaschutz und soziale Sicherheit.

Als Grüne setzen wir uns für diese Gesellschaft ein. Wir wissen, dass die Herausforderungen groß sind, aber wir sind überzeugt, dass wir sie gemeinsam meistern können. Dafür brauchen wir vor allem eines: eine Gesellschaft, die auf Solidarität, Gerechtigkeit und Zukunftsfähigkeit setzt.

■ Andreas Audretsch, MdB, stellv. Fraktionsvorsitzender der Grünen Bundestagsfraktion

Mieten stoppen und Mieter*innen schützen

Jede*r braucht ein Zuhause. Aber die Mieter*innen in Berlin stehen seit Jahren unter Druck. Deswegen kämpfen wir in den Bezirken und im Land für bezahlbares Wohnen, sozialen Zusammenhalt, lebendige Nachbarschaften und gegen Verdrängung und Spaltung der Gesellschaft. Dafür brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen auf Bundesebene.

Die Wohngeldreform hat kurzfristig geholfen, mehr Menschen bei steigenden Mieten zu unterstützen. Aber sie löst nicht das strukturelle Problem des großen Renditedrucks, der nahezu ungebremst bei den Mieter*innen ankommt. Statt nur hohe Mieten zu subventionieren, müssen wir endlich ein Miet- und Baurecht schaffen, das Miet- und Bodenpreise stärker begrenzt und das Machtgleichgewicht zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen fair ausgleicht. Nachdem unter der Ampel-Regierung notwendige Verschärfungen der Mietpolitik sträflich vernachlässigt wurden, ist es leider fünf vor zwölf in vielen Städten, um die Wohnungspolitik in Deutschland gerechter, sozialer und zukunftsfähiger zu gestalten. Dafür brauchen wir einen Mietstopp in angespannten Wohnungsmärkten und stärkere Regulierung, um den Wohnungsmarkt nicht den Investor*innen zu überlassen.

Recht auf Wohnen statt auf Profite

Für eine sozial gerechte und nachhaltige Wohnungspolitik brauchen wir ein neues, gerechtes Miet- und Baurecht. Dafür fordern wir als erste kurzfristige Maßnahme einen Mietstopp in angespannten Wohnungsmärkten. Damit sollen Mieterhöhungen für dort bestehende Mietverhältnisse für fünf Jahre stärker begrenzt werden – in Berlin sollen die Mieten ganz eingefroren werden. Nachdem der Mietendeckel auf Landesebene vor dem Bundesverfassungsgericht zunächst gescheitert ist, kann er aber vom Bund für Städte mit angespanntem Wohnungsmarkt eingeführt werden. Dies hat das Bundesverfassungsgericht im Rahmen des Beschlusses zum Mietendeckel so bestätigt. Wir wollen damit auch die Möglichkeit eines temporären Mietstopps ermöglichen. Gerade angesichts der hohen Inflation und Energiepreise brauchen die Mieter*innen jetzt Entlastung. Ein zentrales Ziel ist aber eine Länderöffnungsklausel, die es den Kommunen und Ländern ermöglicht, selbst Mieten zu deckeln. Städte müssen handlungsfähig werden, um eine soziale Entmischung zu verhindern und eine diverse Stadtgesellschaft zu erhalten. Städte sollten das Recht haben, selbst zu entscheiden, wie sie mit explodierenden Mieten umgehen. In einer Situation, in der viele Mieter*innen ihre Wohnungen aufgrund finanzieller Überforderung verlieren, braucht es endlich eine gesetzliche Grundlage, die den Markt im Interesse der Allgemeinheit reguliert.

Aber auch die Mietpreislösung, die bei Neuvermietung die Mieten auf maximal 10% oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete begrenzt, muss dringend verlängert und auch für möbliertes Wohnen auf Zeit und gegen Mietwucher ausgeweitet werden. Wenn sich keine Mehrheit im nächsten Bundestag dafür findet, läuft sie Ende 2025 aus. Auch Mietwucher im Wirtschaftsstrafgesetz muss verschärft werden, damit die Beweislast bei Mietwucher nicht mehr bei den Mieter*innen bzw. Städten und Kommunen liegt. Während Mieter*innen, wenn sie ihre Miete nicht oder zu spät bezahlen, schnell ihren Mietvertrag verlieren, müssen Eigentümer*innen keine Sanktionen befürchten, sowohl bei Verstößen gegen die Mietpreislösung, wie auch bei vorgetäuschem Eigenbedarf. Das will ich unbedingt ändern. Es kann nicht sein, dass Mieter*innen sich immer einzeln und zivilrechtlich wehren müssen. Die politischen Rahmenbedingungen müssen verbessert werden.



Foto: Kasimir Heldmann

Für echten Schutz vor Eigenbedarfskündigungen

Seit Ende 2021 ist die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen durch den Bund stark eingeschränkt – auch das läuft nächstes Jahr aus und muss politisch wieder erkämpft werden. Seit 2006 wurden fast 200.000 Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt. In umgewandelten Wohnungen drohen immer mehr Mieter*innen Eigenbedarfskündigungen und damit der Verlust ihres Zuhauses. In einigen Kiezen bzw. Stadtteilen sind leider 40% der Wohnungen bereits umgewandelt. Umgewandelte (leere) Wohnungen führen nicht nur beim Verkauf zu höheren Renditen, sondern heizen auch die Boden- und Mietpreisspirale an. Daher fordern wir ein zeitlich unbefristetes Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt. Zudem muss zukünftig sichergestellt sein, dass die Möglichkeiten für Eigenbedarfskündigungen stark eingeschränkt und die Härtefallregelung dafür stark ausgebaut werden, damit Bestandsmieter*innen endlich geschützt werden. Der zehnjährige Kündigungsschutz vor Eigenbedarf, der nur beim erstmaligen Verkauf der umgewandelten Wohnung gilt, sollte zudem auf 20 Jahre ausgeweitet werden. Immer wieder stellen Mieterverbände und Gerichte fest, dass Eigenbedarfskündigungen vorgetäuscht werden. Das muss endlich auch strafrechtlich verfolgt und die Mieter*innen angemessen entschädigt werden.

Wohngemeinnützigkeit – der Wiener Weg

Immer noch fallen mehr Mietwohnungen aus der sog. Mietpreis- und Belegungsbindung als neue gebaut oder angekauft werden. In Berlin sind ca. 63% aller Haushalte berechtigt, in eine solche Sozialwohnung zu ziehen. Das Land Berlin verfügt aber gerade mal über 80.000 solcher Wohnungen. In Wien wurden seit 100 Jahren keine Wohnungen mehr verkauft. Zudem bleiben Wohnungen von Genossenschaften und kommunalen Unternehmen dauerhaft in einer Mietpreis- und Belegungsbindung. Bei uns fallen diese nach spätestens 30 Jahren aus der Bindung. Wir sagen, wir brauchen eine neue Wohngemeinnützigkeit angelehnt an das Wiener Prinzip: einmal gefördert, immer gebunden. Die Ampel hat zwar den Einstieg zum Einstieg geschafft, aber es fehlen leider Zuschüsse. Steuerliche Anreize allein helfen nicht. Wir müssen raus aus dem Teufelskreis, dass im-

mer neue Wohnungen gefördert werden müssen.

Schluss mit der Spekulation

Eines der größten Probleme auf dem Wohnungsmarkt ist die zunehmende Spekulation mit Grund und Boden. Auf Bundesebene müssen endlich wirksame Instrumente geschaffen werden, um dieser Spekulation etwas entgegenzusetzen. Der Bund muss zügig das geplante Immobilienregister sowie ein Miet- und Wohnungskataster umsetzen, das Transparenz über Eigentümer*innen und Miethöhen, aber auch Leerstand oder Nutzung als Ferienwohnung schafft. Nur so kann gegen die undurchsichtigen Strukturen der großen Immobilienkonzerne und gegen Mietwucher vorgegangen werden.

Besonders problematisch ist, dass in vielen Städten – wie etwa in Berlin – öffentliche Flächen oft nicht für den sozialen Wohnungsbau genutzt werden, sondern zu hohen Preisen an private Akteure verkauft werden. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) verlangt häufig überhöhte Preise, die es Städten und Kommunen unmöglich machen, diese Flächen für den dringend benötigten sozialen Wohnungsbau zu nutzen. Hier muss der Bund endlich umsteuern und den Kommunen nicht nur Flächen zur Verfügung stellen, sondern sie auch fair und zu verbilligten Preisen verkaufen.

Wärmewende mit den Mieter*innen

Ein weiteres zentrales Thema einer grün-linken Wohnungspolitik auf Bundesebene ist die Wärmewende. Fast die Hälfte der CO₂-Emissionen in Deutschland kommt aus dem Gebäudebereich. Eine sanfte, klimafreundliche Sanierung von Gebäuden ist daher unverzichtbar. Doch klar ist: Die Kosten dieser Sanierungen dürfen nicht zu einer weiteren Belastung der Mieter*innen führen. Die Modernisierungsumlage muss dringend reformiert werden, sodass die Kosten für energetische Sanierungen fair auf Mieter*innen, Vermieter*innen und Staat verteilt werden. Bereits 2019 haben wir ein Drittelmodell für die Umlage von Modernisierungskosten entwickelt, das die Kosten zwischen Mieter*innen, Vermieter*innen und dem Staat gerecht verteilt. Ein solches Modell muss nun endlich auch auf Bundesebene verbindlich eingeführt werden, um die sozial ungerechten Auswirkungen der bisherigen Regelungen zu beenden. Dafür muss der Bund aber auch entsprechende Förderprogramme bereit stellen. Wenn

wir unsere Klimaziele erreichen wollen, brauchen wir eine Wärmewende, die sowohl das Klima schützt als auch die Mieter*innen nicht über Gebühr belastet. Ein weiteres Problem stellen die sog. Wärmecontracting-Modelle dar, die die Heizkosten oft künstlich nach oben treiben. Hier brauchen wir dringend Kostentransparenz und eine effektive Wärmepreiskontrolle.

Insgesamt gilt: Haushalte mit weniger Einkommen sind oftmals die mit einem geringeren CO₂-Verbrauch. Hier wollen wir als Grüne schon seit Langem mit einem Klimageld ein faires Kostensystem schaffen. Das Klimageld sollen Menschen mit niedrigem Einkommen in voller Höhe erhalten, während Menschen mit hohem Einkommen nicht vom Klimageld profitieren. Dies erreichen wir durch eine soziale Staffelfung, etwa durch eine spezifische Besteuerung oder eine Kappung ab einer bestimmten Einkommenshöhe. Für Menschen mit niedrigem Einkommen werden die CO₂-Kosten durch das Klimageld in den meisten Fällen mehr als ausgeglichen.

Lebendige Kieze erhalten

Nicht nur der Wohnungsmarkt ist in vielen Städten problematisch, auch der Gewerbemarkt braucht dringend eine Regulierung. Gewerbemieten steigen in vielen Städten, was zur Verdrängung von sozialen und kulturellen Einrichtungen führt. Kleine Läden und soziale Anbieter sind oft nicht mehr in der Lage, sich die hohen Mieten zu leisten. Das erleben wir auch hier in Friedrichshain-Kreuzberg sowie Prenzlauer Berg schon lange. Kitas, Büchereien oder soziale Infrastruktur müssen ihre Räume auch oft verlassen, weil der Kündigungsschutz für Gewerbemietende stark beschränkt ist. Auf Bundesebene muss ein faires Gewerbemietrecht entwickelt werden, das diese Läden und Einrichtungen schützt. Ein weiteres zentrales Problem ist der Leerstand von Gewerbeflächen. In vielen Kiezen und Stadtteilen stehen Gewerbeflächen leer, die drin-

gend für soziale und kulturelle Zwecke gebraucht werden. Es kann nicht sein, dass dieser Leerstand steuerlich absetzbar ist und nicht genehmigungspflichtig ist, während in den Kiezen ein Mangel an bezahlbarem Raum für soziale Infrastruktur herrscht. Auch hier muss der Bund auf eine Regelung hinwirken, die den Leerstand von Gewerbeimmobilien reduziert und so den sozialen Zusammenhalt in den Städten fördert.

Steuergerechtigkeit auch bei Immobilien

Aktuell sind Gewinne aus Immobilienverkäufen nach einer "Spekulationsfrist" von zehn Jahren steuerfrei. Diese Regelung wird oft von sog. Investoren genutzt, um auf steigende Immobilienpreise zu spekulieren und anschließend steuerfreie Gewinne zu erzielen. Dies führt zu erheblichen Steuermindereinnahmen in Höhe von schätzungsweise sechs Milliarden Euro im Jahr. Die Abschaffung dieser Spekulationsfrist für nicht zu eigenen Wohnzwecken genutzte Immobilien ist längst überfällig. Genauso auch sind Immobiliengesellschaften, die ausschließlich vermögensverwaltend tätig sind, von der Gewerbesteuer auf Mieteinnahmen befreit. Sie müssen also nur Körperschaftsteuer von 15% auf ihre Gewinne zahlen, während alle anderen Gesellschaften mit anderen Einkunftsquellen durchschnittlich etwa 29% Steuern (Körperschafts- und Gewerbesteuer) zahlen. Diese Steuervergünstigung führt zu Ungerechtigkeiten zwischen Wirtschaftszweigen, lockt stark rendite-getriebene Investitionen in den Immobiliensektor und mindert die Einnahmen der Kommunen, die die Gewerbesteuer als einzige eigene Einnahmequelle haben. Dadurch entgehen den Städten schätzungsweise 1,5 Milliarden Euro jährlich. Auch das müssen wir dringend ändern. Auch wir in Berlin haben zu oft erlebt, dass uns "Share Deals" bei Immobiliengeschäften schaden. Teils wurde so das Vorkaufsrecht ausgehebelt. Sie machten in den vergangenen Jahren in Ballungszentren sogar bis zu 30 Prozent der Immobilienverkäufe aus. Rund 1 Mrd. Euro kosten diese legalen Umgehungen den Staat jährlich. Die Praxis der „Share Deals“ fördert zudem die Preisspekulation auf dem Immobilienmarkt und begünstigt sog. Großinvestoren. Eine Lösung wäre eine Reform nach niederländischem Vorbild. So würde die Grunderwerbsteuer ab einer Übernahme von wenigen Prozent einer Immobiliengesellschaft anteilig anfallen.

Es gibt viel zu verändern – legen wir los

Um einen Paradigmenwechsel in der Wohnungspolitik einzuleiten, brauchen wir also einen ganzen Instrumentenkasten. Es wird nicht leicht, dies auf der Bundesebene durchzusetzen, auch weil wir politische Mehrheiten dafür brauchen. Aber das Recht auf Wohnen und faire Mieten muss endlich Priorität im Bund bekommen. Wir können und müssen die politischen Rahmenbedingungen grundlegend ändern – dafür will ich kämpfen, für Sie, für Euch und die 83% Mieter*innen in Berlin.

■ **Katrin Schmidberger, MdA, Sprecherin der Grünen Fraktion Berlin für Wohnen und Mieten sowie für Haushaltspolitik**
Direktkandidatin für den Bundestagswahlkreis Friedrichshain-Kreuzberg und Prenzlauer Berg Ost

Hier kommt ihr zur Website von Katrin Schmidberger



Die A100 in Berlin – Milliardeninvestition zu Lasten des Klimas

Warum der Weiterbau gestoppt werden muss

Der Bau des 16. Abschnitts der Berliner Stadtautobahn A100 steht kurz vor der Fertigstellung. Im zweiten Halbjahr 2025, nach Abschluss der Sanierung der Eisenbrücke, soll die Verlängerung von Neukölln nach Treptow eröffnet werden. Die Debatte über das Projekt ist ein Sinnbild für den Konflikt in der aktuellen Verkehrspolitik. Auf der einen Seite das Festhalten am Kurs der letzten Jahrzehnte, öffentliche Gelder in Beton und Asphalt zu investieren. Auf der anderen Seite die dringende Notwendigkeit des Klimaschutzes und die Forderung von Umweltschützern und der Bürger*inneninitiative A100, den Ausbau der A100 zu stoppen und die Ressourcen sowie die versiegelten Flächen im Sinne einer klimaschonenden Mobilität umzuwidmen.

Eine der teuersten Autobahnen Deutschlands

Die prognostizierten Kosten für den 16. Bauabschnitt betragen 720 Millionen Euro. Damit ist dieser Teil der A100 eine der teuersten Autobahnen Deutschlands, wobei auf der 3,2 km langen Strecke ein Meter durchschnittlich 225.000 Euro kostet. Die Befürworter*innen heben als Vorzüge der Verlängerung die bessere Anbindung des Ostteils der Stadt sowie des Flughafens BER hervor. Gegen eine Fortführung der Bauvorhabensprechen neben den immensen Kosten und dem vermehrten CO₂-Ausstoß die hohe Luft- und Lärmbelastung der Menschen in den umliegenden Stadtquartieren sowie der große Flächenfraß.

Die voraussichtlich bis Herbst 2025 fertiggestellte Strecke soll nach aktuellen Informationen nahe der S-Bahnstation Treptower Park an einer ohne-

hin schon stark befahrenen Kreuzung enden. Die Folge wäre ein noch höheres Verkehrsaufkommen, welches sich über die Eisenbrücke Richtung Friedrichshain, über die Puschkinallee zum Schlesischen Tor und am Treptower Park vorbei Richtung Südwesten in die angrenzenden Wohnviertel ergießt. Bei allen genannten Strecken handelt es sich um Straßen, welche zu den Hauptverkehrszeiten schon heute nicht in der Lage sind, den motorisierten Verkehr aufzunehmen. Anwohnende müssten sich auf Dauerstaus sowie Luft- und Lärmbelastung vor ihrer Haustür einstellen.

Die Verantwortlichen für das drohende Chaos – die Senatsverwaltung für Verkehr und die Autobahn GmbH – erklären sich für nicht zuständig und schieben die Schuld der jeweils anderen Seite zu. Eine bereits geplante Informationsveranstaltung zum zukünftigen Verkehrsfluss und den Auswirkungen auf die umliegenden Nachbarnschaften wurde im Oktober 2024 von Seiten der Autobahn AG in letzter Minute abgesagt und auf einen bisher unbestimmten Zeitpunkt verschoben.

Unklare Planungen

Die lückenhafte Konzipierung des Autobahnendes wird wiederum von einigen als Argument für den Weiterbau der A100 angeführt, da so die in Treptow ankommenden Fahrzeuge besser abfließen würden. Das wäre allerdings nicht nur eine äußerst teuer erkaufte Lösung, da die Kosten für diesen 17. Bauabschnitt nach jetzigem Stand bereits auf 1,1 Milliarden Euro prognostiziert werden. Damit sind die Kosten höher als beispielsweise die Kosten für den Bau der kompletten Nord-Süd-Achse der S21 vom Wedding über den Hauptbahnhof bis zur Yorckstraße (ca. 900 Mio Euro) – einer Investition, die

im Gegensatz zum Bau der A100 im Einklang mit den Klimazielen und dem im Berliner Mobilitätsgesetz festge-



legten Vorrang des Umweltverbundes steht.

Hinzu kommt, dass nach den Erfahrungen der letzten Jahre und den erheblichen technischen Herausforderungen dieses 17. Bauabschnitts die bislang angenommenen Baukosten weiter steigen dürften. Das fängt damit an, dass bis heute nicht klar ist, wie die A100 von Treptow aus auf die andere Seite der Spree geführt werden soll. Da der Platz zwischen der gerade erneuerten Eisenbrücke und den S-Bahngleisen für eine vierspurige Autobahnbrücke zu schmal ist, müsste entweder die Eisenbrücke verlegt oder die Spree untertunnelt werden.

Ein weiteres Platzproblem stellt sich in der Neuen Bahnhofstraße nördlich des Bahnhofs Ostkreuz. Da auch hier die Straße viel zu schmal ist, müsste der Bau in einem sogenannten Doppelstocktunnel ausgeführt werden. Aus Kostengründen soll dies in offe-

ner Bauweise erfolgen, d.h. in einem etwa 10 Meter tiefen Graben, der von Hauswand zu Hauswand reicht. Das bedeutet für die Anwohner*innen die Kappung bzw. Verlegung sämtlicher Versorgungsanschlüsse, Erschließung und Zugang der Häuser von der Rückseite und eine jahrelange laute und staubige Baustelle vor der Haustür. Oder die Umsiedlung von hundert Menschen.

Schließlich müsste das Autobahn-teilstück auch noch über das Ringcenter an der Frankfurter Allee geführt werden, um im weiteren Verlauf in die Storkower Straße überzugehen, die für den zusätzlichen Verkehr dann vierspurig ausgebaut werden soll. Dort würde sich die Autoflut dann in die Stadtstraßen und Wohngebiete ergießen. Das Problem wäre nur verlagert. Diese Milliardensumme für den weiteren Ausbau einer auf Autos fokussierten Stadt gegen die Bedürfnisse der Menschen, wäre nicht zukunftsgerichtet und im Zuge des fortschreitenden Verfalls der Infrastruktur in Deutschland an anderer Stelle sicher besser aufgehoben.

Die Verantwortung liegt beim Bund

Ein Problem im Kampf gegen diese rückwärtsgerichteten Pläne ist jedoch, dass die Verantwortung für die Erweiterung der A100 nicht im Land Berlin liegt. Der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 gibt die in Zukunft vorgesehenen Erweiterungen der Autobahnen vor, welche im Bund beschlossen und von der bundeseigenen Autobahn GmbH umgesetzt werden. Obwohl es also ein Projekt ist, welches Berlin so direkt betrifft, liegt die Entscheidungshoheit weder bei der Stadt noch den Bürger*innen von

Berlin. Dieser BVWP sieht im Übrigen den 16. Und den 17. Bauabschnitt als eine zusammengehörige Einheit, was als weiteres Argument angeführt wird, den Ausbau voranzutreiben.

Obwohl der BVWP nicht bindend ist, dient er dennoch als Leitlinie für den weiteren Ausbau der Infrastruktur. Die Entscheidungen des Verkehrsministeriums basieren also auf einem im Jahr 2015 verfassten Planwerk, welches die aktuellen Rahmenbedingungen, etwa die stark gestiegenen Baukosten, eine dringend erforderliche CO₂-Reduktion auch im Verkehr oder den hohen Sanierungsbedarf der bereits vorhandenen Autobahnen nicht berücksichtigt. Daher ist es wichtig, weiter Druck auf die Politik auszuüben, damit die vorhandenen, knappen Ressourcen nicht weiterhin für derart klimaschädliche Projekte verschleudert werden.

■ Julius / Gerd (AG Mobilität Xhain)
■ Oda Hassepaß, MdB, Verkehrs-
politische Sprecherin Grüne
Fraktion Berlin

Die Bürger*inneninitiative A100 findet ihr hier:



Gewerbemieten: Der Markt wird es nicht richten ...

Der zukünftige Bundestag sowie die neue Bundesregierung, – dann hoffentlich ohne die „Markt“verherrlichende FDP – muss endlich eine Reform des Gewerbemietrechts umsetzen. Sonst wird die lebendige Vielfalt unserer Kieze eben diesem sogenannten „freien Markt“ zum Opfer fallen.



Kiezbuchladen lesen und lesen lassen

Foto: Beate Klemm

Zunehmende Verödung

Ob der Kinderladen um die Ecke, die Schuhmacher*in, der Laden für den Tierbedarf, die kleine Konditorei mit selbstgebackenem Kuchen, ganze Atelierhäuser, wie etwa in der Adalbertstraße, das renommierte Tanzstudio laborgras am Paul-Lincke-Ufer, oder etablierte Clubs wie die Wilde Renate und das Watergate, ob der fast 20 Jahren existierende Kiezbuchladen lesen und lesen lassen ... – die Liste der Orte, die seit Jahrzehnten die Vielfalt und Lebensqualität unsere Kieze ausmachen und nun einem steigenden Verwertungsdruck, maßlosen Rendi-

teerwartungen und steigenden Mietforderungen zum Opfer fallen, wird immer länger.

Diese Verdrängung ist in vielen unserer Kieze bereits allzu weit fortgeschritten, da der Bund es versäumt hat, den Kommunen und Bezirken entsprechende rechtliche Instrumente an die Hand zu geben, die solche Entwicklungen steuern können. Viele hier lebende Menschen haben zunehmend das Gefühl, nur noch Statist*innen zu sein in einer uneingeschränkten Vermarktung und Verwertung ihres Lebensraumes als renditebringender, touristischer Kulisse.

Ein Appell der BVV

Das Bezirksparlament von Friedrichshain-Kreuzberg hat deshalb in einer Resolution die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag aufgefordert, endlich die Bundratsinitiative umzusetzen, welche 2018 mit großer Mehrheit auf Initiative des Landes Berlin beschlossen wurde. Ziel der Initiative war es, einen Maßnahmenkatalog für besseren Gewerbeschutz auszuarbeiten, dem Verdrängungsprozess kleinerer und mittlerer Unternehmen entgegenzuwirken und das seit 1900 (!) weitgehend unveränderte Gewerbemietrecht grundlegend zu reformieren.

Zuletzt verrottete diese Bundratsinitiative in der Schublade des ehemaligen Justizministers (FDP) aber auch von SPD und Bündnis 90/Die Grünen war hier kein größeres Engagement zu erkennen. Damit sich das ändert, benötigen wir engagierte Kämpfer*innen, die für ein gemeinwohlorientiertes Mietrecht in Parlament und bestenfalls auch Regierung Druck machen.

Millieuschutz für Gewerbe ermöglichen

Ziel muss ein faires Gewerbemietrecht mit einer Mietpreismbremse, unbefriste-

ten Mietverträgen und Kündigungsschutz für Gewerbe sein, sodass die Mieten nicht mehr nach Laune der Vermieter*innen erhöht werden können. Die ungebremste Profitgier von Eigentümer*innen die kleine Läden ruinieren, sozio-kulturelle Angebote eliminieren und unsere bunten und vielfältigen Kiezstrukturen zerstört, muss gestoppt werden.

Hierzu muss der Bund es den Ländern ermöglichen, in Gebieten mit angespanntem Gewerbemietmarkt Rechtsverordnungen zu erlassen, um vielfältige Gewerbestrukturen sowie die Versorgung der Wohnbevölkerung mit Angeboten der Grundversorgung und sozialer Infrastruktur sicherzustellen. Das soziale Erhaltungsrecht, der sog. Millieuschutz, muss auf Gewerbe und die soziale sowie kulturelle Infrastruktur erweitert werden. Nur so lässt sich die soziale Zusammensetzung der Wohnbevölkerung langfristig wirksam schützen.

Ansonsten droht nicht nur dem Friedrichshainer Südkiez, sondern auch anderen Kiezen, welche stark von hoher Frequenz an Besucher*innen betroffen sind, die Herausbildung von Monokulturen, die sich nicht mehr am Alltagsbedarf der Bewohner*innen, sondern an der kurzfristigen Nachfrage eben jener Besucher*innen ausrichten.

Die Bezirke stärken

Wir als Kommunalpolitiker*innen und demokratisch gewählte Vertreter*innen der Bürger*innen von Friedrichshain-Kreuzberg sind der Überzeugung:

Es kann und darf nicht sein, dass wir kaum rechtliche Möglichkeiten haben, gegen die zunehmende Verdrängung von Kleingewerbe, wichtiger Infrastruktur, sozialen und kulturellen Einrichtungen, sowie der Entstehung von touristischen Monokulturen und der Zerstörung gewachsener Kiezstrukturen vorgehen zu können. Es kann und darf auch nicht sein, dass wir den Erwartungen unserer Bürger*innen und Gewerbetreibende*n nicht gerecht werden können, sie vor den einzig auf Gewinnmaximierung und maßlose Rendite zielenden Interessen international agierender Holdings oder einzelner Eigentümer*innen zu schützen.

Wenn wir diese Probleme nicht gelöst bekommen, werden wir so auf Dauer das Vertrauen in die Institutionen unseres demokratisch organisierten Gemeinwesens verlieren.

■ Werner Heck, Bezirksverordneter

Es geht um Menschen!

Seit Jahren wird in Deutschland über Asylpolitik und Geflüchtete diskutiert. Im Umgang mit den Schwächsten zeigt sich, wie stark eine Gesellschaft wirklich ist.

Und doch hat man das Gefühl, dass die Diskussion nicht voranschreitet, sondern zurückgaloppiert. Je heftiger in Deutschland über wilde Forderungen von CDU und FDP diskutiert wird, desto mehr scheinen die menschlichen Schicksale, das Leid, der Krieg und die Menschenrechte in den Hintergrund zu treten. „Zurückweisungen“, „Aufnahmestopp“, „Obergrenze“ – je härter die Überschrift, desto weniger wird darüber nachgedacht, ob eine Forderung überhaupt umsetzbar ist und wie viel Schaden sie anrichten würde – an Europa, der Rechtsstaatlichkeit oder den Menschen um die es geht. Mit jedem populistischen Tiefschlag, verlernt Deutschland ein bisschen Menschlichkeit.

Von der Realität entkoppelt

Bereits in einem Artikel zum Europa-Wahlkampf schrieb ich darüber, dass wir dringend mehr Ehrlichkeit in der Migrationsdebatte brauchen, weil sich die politische Debatte völlig von der Realität entkoppelt hat. Ich hatte gehofft, dass wir da heute schon weiter sind. Aber wir sind weitere Schritte in die falsche Richtung gegangen. Nancy Faeser hat als Bundesinnenministerin inzwischen Kontrollen an allen deutschen Binnengrenzen eingerichtet, um „irreguläre Migration“ aufzuhalten. Dass jeder Mensch an diesen Grenzkontrollen Asyl beantragen darf und die Kontrollen de facto keine Asylsuchenden aufhalten können, interessiert dabei weder das Innenministerium, die journalistische Öffentlichkeit oder relevante Teile der Wählerschaft.

Populistische Debatte

Doch während sich die populistische Debatte immer mehr von der Realität entkoppelt, gibt es eigentlich so viel zu tun: Wohnungsbau, mehr Sprachkurse, Investitionen in das Bildungssystem oder Entbürokratisierung. Noch immer darf nicht jeder hier arbeiten, obwohl hunderttausende Arbeitskräfte gesucht werden. Seit Jahren verstecken wir in einer zunehmend an den rechten Rand gewanderten Debatte die wahren Aufgabe hinter irrsinnigen Illusionen. Nur noch eine Asylrechtsverschärfung und dann kommt bestimmt niemand mehr nach Europa? Nur noch ein bisschen weniger Sozialleistungen und etwas mehr Härte an der Grenze und die Welt ist wieder in Frieden und Ordnung? Nur noch ein paar Forderungen von Rechtspopulisten übernehmen und dann verschwinden die Rechtsaußenparteien schon wieder von der Bildfläche?

In der Abwärtsspirale

Das tragisch-scurrile an dieser Debatte aus meiner Sicht als Europaparlamentarier ist, dass diverse EU-Länder schon Jahre vor Deutschland diesen Weg eingeschlagen haben. Statt Verantwortung für die jeweilige Einwanderungsgesellschaft zu übernehmen und dafür zu sorgen, dass sie endlich funktioniert, befinden sich viele Mitgliedstaaten in einer Abwärtsspirale aus Abschottung und Abschreckung. In Litauen gibt es von der russischen Grenze kommend schlichtweg keine Möglichkeit mehr, Asyl zu beantragen; auch Polen will offen das Recht



Erik Marquardt

Foto: privat

brechen und erleichtert den Schusswaffeneinsatz an der Grenze. Zuvor hat man dort Menschen, die vor Krieg und fürchterlicher Gewalt flüchten, jahrelang als „hybride Waffen“ entmenschlicht. In Libyen finanzieren die EU-Kommission und EU-Staaten wie Italien die libysche Küstenwache, die Menschen abfängt und in Massenlagern einsperrt, in denen Frauen systematisch vergewaltigt werden. In Tunesien werden Geflüchtete in der Wüste ausgesetzt – von Behörden, die auch unser Steuergeld bekommen.

In weiten Teilen der Asylpolitik hat man inzwischen das Gefühl, dass die Rechtsextremen Wahlen gar nicht gewinnen müssen, um ihre Politik durchzusetzen.

Der falsche Weg

Wohin die Übernahme von rechten Forderungen führt, haben dabei eigentlich diverse Beispiele gezeigt.

Die Demokraten in den USA versuchen seit Jahren immer härter gegen die Migration an der Südgrenze vorzugehen und Trump ist stärker denn je. Mark Rutte hat in den Niederlanden jahrelang immer rechtere Sprache zu Migration gewählt. Im Ergebnis ist nun der rechtsradikale Wilders Regierungschef. Und auch in Italien, wo die Konservativen immer härtere Migrationspolitik eingefordert haben, regiert die Postfaschistin Meloni inzwischen mit komfortabler Mehrheit.

Mittlerweile sollte klar sein: Die Übernahme von rechtsextremen oder populistischen Positionen schwächt die Rechten nicht. Im Gegenteil: Rechts-extreme profitieren davon, wenn man sich ihrem Populismus in Wortwahl oder Vorschlägen annähert, statt Herausforderungen gut zu vermitteln, Probleme zu lösen und Empathie zu erzeugen. Das haben auch die letzten Wahlen gezeigt.

Auch wir

Und auch als Grüne sollten wir uns nach mehr als drei Jahren in der Ampelregierung selbstkritisch fragen, ob diese Regierung nicht zu oft selbst Teil des Problems statt der Lösung war. Natürlich gab es Erfolge wie das Chancenaufenthaltsrecht oder die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, die man mühsam durchsetzen konnte und die hunderttausenden Menschen helfen, Teil der Gesellschaft werden zu können und ihre Träume zu verwirklichen. Aber es gab eben auch diverse Asylrechtsverschärfungen, die allzu oft fast ohne konkretes Ziel zur Gängelung als Selbstzweck in Eilverfahren

durch Regierung und Bundestag gepeitscht wurden. Damit das Signal ankommt, dass die Regierung „verstanden hat“.

Das Ruder herumreißen

Doch „verstanden“ haben wir wohl erst, wenn wir wieder erkennen, dass man am Zusammenhalt statt an der weiteren Spaltung arbeiten muss. Dass Menschenrechte und die Achtung der Menschenwürde jedes einzelnen Menschen uns stark macht. Verstanden haben wir wohl erst, wenn wir merken, dass das Asylrecht eine historische Errungenschaft ist, die zu verteidigen nicht nur eine historische Verantwortung ist, sondern auch etwas, das wir den kommenden Generationen schulden. Noch vor wenigen Generationen konnte man sehen, zu was Menschen und Gesellschaften im Stande sind, wenn sie nicht in den Rahmen von rechtsstaatlichen Demokratien und unveräußerlichen Rechten eingeeignet sind. Lasst uns den geschichtlichen Auftrag, der sich aus diesen Verbrechen ergibt, auch für die kommenden Generationen verteidigen.

Die Bundestagswahl und die nächste Legislatur ist dafür ein guter Anlass. Und ich freue mich, dass so viele Kandidierende in meiner Partei das auch so sehen und wir hoffentlich das Ruder herumreißen können. Denn im Umgang mit den Schwächsten zeigt sich, wie stark eine Gesellschaft wirklich ist.

■ Erik Marquardt, Abgeordneter im Europaparlament

Klimaschutz im Schnecken tempo –

Wie Berlin Chancen ungenutzt lässt

Es könnte alles so schön sein: Rekordzahlen bei der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien, historische Beschlüsse auf EU-Ebene zur Wiederherstellung von Ökosystemen, ambitionierte Förderprogramme des Bundes für natürlichen Klimaschutz und ein Sondervermögen Klimaschutz, das Milliarden zur Verfügung stellt. Doch Berlin? Ach, Berlin. Statt große Chancen zu ergreifen, scheint der schwarz-rote Senat die Stadt im Rückwärtsgang in eine fossilromantische Vergangenheit zu lenken.

Deutschlandweit zeigen die Zahlen, dass progressive Politik wirkt: Im ersten Halbjahr 2024 stammten 61,5 % des Strommixes aus erneuerbaren Energien – ein Rekordwert! Das Ziel, bis 2030 einen Anteil von 80 % zu erreichen, rückt in greifbare Nähe. Hinter diesen Fortschritten stehen unter anderem die Weichenstellungen von uns Grünen auf Bundesebene. Die Entbürokratisierung von Genehmigungsverfahren, Förderprogramme für Solaranlagen und ein massiver Ausbau der Windkraft tragen sichtbar Früchte.

Doch in Berlin kommt der Fortschritt nur schleppend an. Während bundesweit ambitionierte Projekte realisiert werden, verliert die Hauptstadt den Anschluss. Der öffentliche Nahverkehr wird teurer, während Parkgebühren weiterhin aus der Kaffeekasse bezahlt werden können.

Natürlicher Klimaschutz – das verpasste Potenzial Berlins

Mit dem Förderprogramm „Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz“ stellt der Bund Milliarden zur Verfügung, um Projekte wie die Wiederver-



Moor

Foto: Max Langelott

nässung von Mooren, Renaturierung von Fließgewässern und den Ausbau urbaner Grünflächen zu fördern. Berlin, mit einem Viertel Waldfläche und vielen urbanen Grünflächen, könnte von diesen Programmen enorm profitieren. Doch statt die vorhandenen Chancen zu nutzen, bleibt viel ungenutzt – und das hat System.

Der schwarz-rote Senat scheint in Sachen Klimaschutz auf Kahlschlag zu setzen. So sieht der Nachtragshaushalt 2025 für den Bereich Umwelt- und Klimaschutz massive Kürzungen vor: im Schnitt gibt es 23 % weniger Geld. Ein Schlag ins Gesicht für Berlins Zivilgesellschaft, die den Naturschutz und die Klimaresilienz Berlins vorantreibt. De Facto bedeutet diese Senatsentscheidung das Aus für wichtige Vereine und Verbände, die sich sehr engagiert für Berliner Natur, Umwelt- und Naturbildung und Stadtgrün einsetzen.

Dabei ist die Ausgangslage günstig: Mit seiner wertvollen Stadtnatur bietet Berlin ideale Voraussetzungen,

um Projekte wie den Ausbau der sog. grün-blauen Infrastruktur oder die Wiedervernässung von Mooren umzusetzen. Diese Maßnahmen könnten nicht nur dem Klimaschutz zugutekommen, sondern auch das Stadtklima verbessern und die Resilienz gegen die Folgen des Klimawandels stärken.

Besonders bitter ist, dass verfügbare Bundesmittel nicht beantragt werden und bereits gewonnene Mittel durch die Kürzung von Eigenanteilen verfallen könnten – hier ist keine Weitsicht des Senats zu erkennen. Andere Städte ergreifen ihre Chance, Berlin bleibt tatenlos. Das liegt vor allem daran, dass der schwarz-rote Senat Naturschutz stets als Gegenspieler betrachtet – dies wurde bereits beim sogenannten „Schneller-Bauen-Gesetz“ ersichtlich.

Mit den Kürzungen im Nachtragshaushalt für 2025 im Natur-, Umwelt- und Klimaschutz werden die Strukturen, die wir Grüne durch finanzielle Förderung mit aufgebaut haben, un-

tergraben. Außerdem verliert Berlin an internationaler Relevanz als Vorreiter im Klimaschutz. Was bleibt, ist ein enttäuschter Blick auf Berlin: Die Stadt, die sich gerne als grüne Hauptstadt verkauft, scheitert in der Praxis an den notwendigen Richtungsentscheidungen.

EU-Renaturierungsgesetz: Ein Erfolg mit grüner Handschrift

Ein Meilenstein der europäischen Umweltpolitik ist das EU-Renaturierungsgesetz, das nach langen Verhandlungen im Sommer 2024 in Kraft trat. Es verpflichtet die EU-Mitgliedstaaten, bis 2030 mindestens 20 % ihrer Land- und Meeresgebiete wiederherzustellen. Auch hier zeigt sich, dass Grüne Politik wirkt: Trotz Gegenwind von konservativen Kräften und konventionellen Bauernverbänden setzten sich grüne Ziele durch – wenn auch nicht ohne Kompromisse.

Das Gesetz, ein Teil des „Green Deals“, steht exemplarisch für die Fähigkeit, auf EU-Ebene verbindliche progressive Politik durchzusetzen. In Berlin, wo Natura-2000-Gebiete, Gewässer, Moore und manche urbane Ökosysteme bereits lange auf Renaturierungsmaßnahmen warten, könnte dieses Gesetz dringend benötigte Impulse geben. Doch während die EU den Druck erhöht, fehlt es auf Landesebene an konkretem Willen, die neuen Vorgaben auch umzusetzen.

Klimaschutz im Würgegriff

Die Kürzungen im Bundeshaushalt für den Klimaschutz stellen einen herben Rückschlag für die ambitionierten Klimaziele dar, die durch das Sonderver-

mögen Klimaschutz und den damit verbundenen Fonds angestoßen werden sollten. Die Kürzungen wurden von der Bundesregierung nach massiven finanziellen Engpässen und einer Neuausrichtung der Haushaltsplanung vorgenommen. Es zeigt sich, wie sehr der Klimaschutz in der Prioritätenliste nach hinten gerutscht ist.

Während wir Grünen für notwendige Maßnahmen wie Entsiegelungen, erschwingliche und emissionsarme Mobilität oder ein Mehr an resilientem Stadtgrün auf eine solide finanzielle Grundlage gehofft hatten, muss die Klimakrise anscheinend jetzt auf eine bessere Haushaltslage warten.

Wir Grünen haben in den letzten Jahren auf EU-, Bundes- und Landesebene vieles angestoßen. Der „Green Deal“, das Renaturierungsgesetz und das Sondervermögen Klimaschutz sind Resultate unseres politischen Einsatzes. Gleichzeitig zeigt sich, dass Erfolge auf dem Papier nicht ausreichen, wenn es bei der Umsetzung stockt – gerade in Berlin, wo der schwarz-rote Senat und die anderen Parlamentsfraktionen aus politischem Opportunismus oder fehlendem politischen Willen häufig als Bremsklotz agieren.

Die Klimakrise betrifft uns alle – und Menschen mit niedrigem Einkommen und in urbanen Räumen noch deutlich mehr. Dies sollte anerkannt werden, um gemeinsam für ein Deutschland einzutreten, das auch in Zukunft sozial gerecht und klimaresilient ist. Wir Grünen werden uns weiterhin dafür einsetzen, unser Land für die Zukunft „wetterfest“ zu machen – wer macht mit?

■ Dr. Turgut Altuğ, MdB, Sprecher der Grünen Fraktion Berlin für Naturschutz, Umwelt- und Naturbildung sowie für Ernährung und Landwirtschaft

Klimaschutz und Klimafolgenanpassung aus feministischer Perspektive

Die Auswirkungen des Klimawandels sind auch hierzulande längst spürbar. Naturkatastrophen sowie extreme Wetterlagen treten häufiger auf und richten zunehmend große Schäden an. In einer Zeit, in der die Erde unter den Folgen von Umweltzerstörung und Klimakrise leidet, wird oft übersehen, dass die Auswirkungen des Klimawandels nicht geschlechterneutral sind. Frauen, insbesondere in den am stärksten betroffenen Regionen, sind unverhältnismäßig stark von den negativen Effekten betroffen.

Um dem Klimawandel zu begegnen, gibt es zwei zentrale Ansätze – Klimaschutz und Klimafolgenanpassung. Klimaschutzmaßnahmen zielen auf die Begrenzung der Erderwärmung durch die Reduktion der Emission von Treibhausgasen ab. Hingegen beschäftigt sich die Klimafolgenanpassung damit, die Auswirkungen des Klimawandels zu mindern. Aus feministischer Perspektive sind diese beiden Ansätze nicht nur Umweltfragen, sondern auch Fragen der sozialen und Geschlechtergerechtigkeit.

Das Jahr 2023 war das weltweit heißeste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen und in Europa das Jahr mit den zweitmeisten Hitzetoten in den letzten zehn Jahren. Über 47.000 Menschen sind an den Folgen hoher Temperaturen gestorben, wobei die Sterblichkeitsrate durch Hitze bei Frauen deutlich höher lag als bei Männern. Das ist nur ein Beispiel dafür, dass die Gesundheit von Frauen grundsätzlich stärker von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen ist. Frauen leiden öfter als Männer an Hitzebelastungen, wie Abgeschlagenheit bzw. Müdigkeit, Kreislaufbeschwerden, Schlafproblemen und Kopfschmerzen. Und insbesondere für Schwangere kann Hitze gefährlich werden, da mit jedem Grad das Risiko von Schwangerschaftskomplikationen, z.B. Frühgeburten, steigt.

Besondere Anforderungen

Die Konsequenzen des Klimawandels verschärfen sich vor allem für Frauen, die in ländlichen und benachteiligten Gemeinschaften sowie im globalen Süden leben. Sie sind dort für die Bereitstellung von Wasser und Nahrung verantwortlich. Verändert sich das Klima, sind sie oft die ersten, die die negativen Folgen spüren. Dürren und Überschwemmungen führen zu Nahrungsmittelknappheit und höheren Preisen. In vielen Kulturen gibt es zudem traditionelle Rollenzuschreibungen, was bedeutet, dass Frauen zusätzlich zu den Herausforderun-



Foto: Li-An Lim

gen des Klimawandels auch für das Wohlbefinden ihrer Angehörigen sorgen müssen.

Benachteiligungen erfahren Frauen in vielen Ländern auch beim Zugang zu Ressourcen. Landbesitz, Kredite oder Bildung bleiben ihnen oft verwehrt, was ihre Fähigkeiten beeinträchtigt, sich an den Klimawandel anzupassen und ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Diese strukturellen Ungleichheiten verstärken die Verwundbarkeit von Frauen gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels und machen es notwendig, geschlechtergerechte Ansätze in die Klimapolitik zu integrieren. Ergänzend dazu sollten gezielt geschlechtergerechte Initiativen finanziert werden. Dies könnte die Unterstützung von Klimaschutzprojekten umfassen, die Frauen in ländlichen Gemeinschaften stärken, indem sie Zugang zu Bildung, Ressourcen und Technologien erhalten, die ihnen bei der Klimafolgenanpassung helfen.

Geschlechterungleichheiten

Die Geschlechterungleichheiten finden in der Klimapolitik nur langsam Berücksichtigung. Frauen sind in Entscheidungsprozessen, die den Klimaschutz betreffen, weiter unterrepräsentiert. Es ist essenziell, dass Regierungen und Organisationen Maßnahmen schaffen, die Frauen in der Klimaforschung, -planung und -umsetzung unterstützen. So wurde z.B. auf der UN-Klimakonferenz COP25 in Madrid im Jahr 2019 ein Gender-Aktionsplan verabschiedet, der sicherstellen soll, dass geschlechtergerechte Ansätze in alle Aspekte der Klimapolitik integriert werden. Ein Bestreben des Gender-Aktionsplans ist auch die Partizipation und Mitbestimmung von Frauen. Ihre Perspektiven und Erfahrungen sollen in politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen berücksichtigt werden.

Auch auf der diesjährigen COP29 in Baku wurde über geschlechtergerechte Klimapolitik verhandelt, doch im Vorfeld gab es erhebliche Kritik an der Zusammensetzung des Organisationskomitees, welches zunächst nur aus Männern bestand. Im Hinblick auf den Gender-Aktionsplan war die Zusammensetzung unzureichend und es wurden nachträglich Frauen aufgenommen.

Klimafolgenanpassung aus feministischer Perspektive kann nicht genug betont werden. Der Klimawandel ist nicht nur eine Umweltkrise, sondern auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Um eine nachhaltige und gerechte Zukunft zu schaffen, müssen wir die Stimmen von Frauen hören und ihre Rolle im Klimaschutz anerkennen. Wenn wir Klimapolitik inklusiv und geschlechtergerecht gestalten, können wir die Herausforderungen des Klimawandels wirkungsvoller bewältigen und eine gerechtere Welt für alle schaffen.

■ Sabine Röber, Co-Sprecherin AG Klimaschutz KV Pankow.

Geld ist nicht alles

Aber unsere politische Arbeit braucht auch finanzielle Unterstützung. Hier könnt ihr spenden.



Frauen vorn

Frauen tragen die Hauptlast der Klimakrise und sind gleichzeitig die treibenden Kräfte hinter innovativen Lösungen und nachhaltigen Praktiken. Vor allem Frauen führen die Klimabewegung an und setzen sich Studien zufolge

stärker für Klimaschutz ein. Ein Beispiel ist das „Green Belt Movement“ in Kenia, gegründet von Wangari Maathai. Die Bewegung hat Millionen von Bäumen gepflanzt und das Bewusstsein für Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung geschärft.

Die Relevanz von Klimaschutz und

**Mindestlohn
rauf!
Meeresspiegel
runter!**



Impressum

Der Xhain-Stachel ist die Zeitung von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Dies ist eine Sonderausgabe zur vorgezogenen Bundestagswahl 2025. Die abgedruckten Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion:
Milan Bachmann (V.i.S.d.P.),
Henry Arnold, Jenny Laube

Kontakt zur Redaktion:
stachelredaktion@gruene-xhain.de

Der Stachel im Internet:
www.gruene-xhain.de/stachel

Layout & Satz: A.-M. Selignow
Auflage: 15.000
Druck: Funke Services GmbH

Herausgeberin:

Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband
Friedrichshain-Kreuzberg
Dresdner Straße 10
10999 Berlin
Fon: +49 30 614 31 46
info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de

Gemeinsam für eine gerechte Zukunft!

Unsere Berliner Spitzenkandidatin Lisa Paus über die zentralen Themen ihrer Politik

Eines meiner Herzensthemen ist Gerechtigkeit! Chancengerechtigkeit, Generationengerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Klimagerechtigkeit – die Liste lässt sich fortsetzen.

Der Bildungsweg unserer Kinder und Jugendlichen hängt in Deutschland immer noch von der Situation des Elternhauses ab. Wer in einem Umfeld aufwächst, in dem wirtschaftliche Sorgen und existenzielle Ängste belasten, hat in unserem Land kaum die Möglichkeit, eigene Wünsche zu erfüllen und Fähigkeiten voll zu entfalten. Das ist zutiefst ungerecht!

Wie kann es sein, dass Kinder nicht nach ihren Interessen und Talenten gefördert werden, sondern ihre Zukunft immer noch von der Finanzkraft der Eltern abhängt? Alle Kinder müssen die gleichen Chancen bekommen, ob sie in Hellersdorf, in der Gropiusstadt oder in Charlottenburg aufwachsen.

Kinderarmut entschieden bekämpfen!

Chancengerechtigkeit und Verteilungsgerechtigkeit sind zwei Seiten derselben Medaille. Bei der Bekämpfung von Kinderarmut hat der Staat hier eine Bringschuld. Und genau deshalb setze ich mich weiterhin entschlossen für die Kindergrundsicherung ein! Diese hilft und unterstützt nicht nur die Kinder selbst, sondern natürlich auch ihre Eltern.

Eltern müssen von Geburt an wissen, welche Gelder vom Staat ihnen für ihr Kind zustehen. Dieses Geld



Lisa Paus

Foto: Laurence Chaperon

Ein gutes Leben für alle Generationen: Für Kinder, Familien und Senior*innen

muss ihnen dann auch umgehend zur Verfügung stehen. Mit dem sogenannten Leistungscheck soll das Recht auf Kinderzuschlag geprüft werden. Um insgesamt den Anspruch für Kinder und ihre Eltern zu erhöhen, soll zusätzlich das Existenzminimum für Kinder neu berechnet werden.

Gute Betreuungsangebote schaffen einen gerechten Start für alle Kinder und ihre Familien. Gemeinsam kämpfen wir weiter darum, dass Kinderarmut endlich Geschichte ist und dass Familien in all ihren vielfältigen Formen gut leben können, ohne von Amt zu Amt laufen zu müssen. Dafür treten wir als Grüne Partei an: Um entschlossen in unsere Zukunft und ins Heute zu investieren und um Ressourcen endlich gerecht zu verteilen!

Der Druck auf Familien, Pflegekräfte und Betreuende ist riesig. Wie der Fachkräftemangel auf die Krise trifft, merkt man zum Beispiel in den Kitas: Wenn morgens eine Nachricht eintrifft, dass die Kita wegen der Erkrankung einer Person früher schließen muss, heißt das für betroffene Eltern sofort, dass der gesamte Tagesablauf umgeplant und die Versorgung improvisiert sichergestellt werden muss. Damit das kein Dauerzustand bleibt, setze ich mich dafür ein, dass Kinderbetreuung wieder verlässlich ist – für Kinder und für Eltern.

Wenn Menschen Kinder haben oder Angehörige versorgen, heißt das meist, dass sowohl berufliche als auch familiäre Verpflichtungen gleichzeitig bewältigt werden müssen. Was das im Umkehrschluss bedeutet: Fehlen gute Kitas oder Pflegedienste, entsteht nicht nur erheblicher Stress, sondern es geht auch Arbeitskraft verloren, die unsere Wirtschaft dringend benötigt.

Die Vereinbarkeit von Beruf sowie Betreuungs- und Pflegearbeit muss besser gelingen. Menschen, die Verantwortung für Kinder oder pflegebedürftige Angehörige, Nachbar*innen oder Freund*innen übernehmen, verdienen mehr Unterstützung und eine finanzielle Absicherung, wenn sie ihre Arbeitszeit reduzieren müssen.

Familien- und Pflegepolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Nur wenn Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenarbeiten, können wir gemeinsam neue Lösungen finden.

Auch im Bund ab 16 Jahren wählen

Demokratien sind vor allem dann stark, wenn alle Generationen mitmischen können. Junge Menschen sind von Entscheidungen am längsten betroffen. Statt über ihre Köpfe hinwegzugehen, sollen sie deshalb auch auf Bundesebene ab 16 Jahren mitbestimmen können. Wir fordern das Wahlrecht ab 16 auf Bundesebene!

Und auch bis ins hohe Alter sollen Menschen teilhaben und sich einbringen können. Gesundheit, Mobilität,

Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität sind wichtige Voraussetzungen dafür. Um geeignete Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, haben wir u.a. die Engagementstrategie, aber auch Programme zur Teilhabe für Senior*innen auf den Weg gebracht. Ich werde mich auch weiterhin dafür einsetzen, dass alle Menschen, demokratischen sowie am sozialen und öffentlichen Leben teilhaben können.

Chancen sollen gerecht verteilt werden! Das bedeutet, jetzt zu investieren, um den jahrzehntelangen Stillstand zu überwinden: In Bildung, in Infrastruktur, in bezahlbarem Wohnraum, in klimagerechter Wirtschaft, in unsere Kinder und in unsere Zukunft. Darum müssen wir die Schuldenbremse reformieren. Wir wollen einen Investitionsfonds für Deutschland, wir sorgen dafür, dass die Bahn nutzbar bleibt, und wir investieren in Kitas und Schulen. Denn der gemeinsam erwirtschaftete Wohlstand in unserem Land muss fairer geteilt werden.

Zusammen mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setze ich mich für eine gerechte Zukunft ein. Ich freue mich, wenn Sie uns mit ihrer Stimme dabei unterstützen.

■ Lisa Paus, MdB, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Spitzenkandidatin für den Bundestag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Berlin

„Bildung bleibt Priorität“ – nur ein Lippenbekenntnis des schwarz-roten Senats!

Kinder und Jugendliche brauchen niedrigschwellige Räume und Strukturen

Kalt pfeift der Wind an diesem Dezembertag, an dem wir die Gartenarbeitsschule in der Friedrichshainer Persiusstraße aufsuchen. Es erwarten uns winterfest gerodete Beete, ein Weinhang, vier Kaninchen und zwei Schildkröten, Physalis, die wir pflücken und kosten dürfen, viele Gewächshäuser, Werkstätten und Räume zum Basteln und Erkunden. Auch eine Schulklasse ist da. Sie ist aus Johannistal angereist und filzt Weihnachtsbaumanhänger. Stolz zeigt uns ein Junge sein Werk: vier bunte Tannenbäume – jedem in seiner Familie will er einen schenken. Jedoch: die Idylle, die uns empfängt, ist zu diesem Zeitpunkt bedroht. Ende November erfuhr die Leitung, dass alle pädagogischen Leitungsstunden der 14 Berliner Standorte der Gartenarbeitsschulen auf der Kürzungsliste des schwarz-roten Senats stehen. Der Verlust pädagogischen Leitung würde faktisch die Schließung der Standorte bedeuten. Für über 4000 Kinder, die in einem Jahr pro Standort mit Angeboten der umweltpädagogischen Bildung versorgt werden, wäre dies das Aus dieser Erfahrungen. Viele dieser Kinder, die in den dicht-besiedelten Kiezen unserer Stadt groß werden, haben nicht die Möglichkeit, ihre Wochenenden oder Ferien auf der Datsche im Grünen zu verbringen. Für sie sind die Gartenarbeitsschulen die wenigen Möglichkeiten in ihrer Kindheit, Natur zu erleben, Pflanzen kennenzulernen, dem Imker beim Honig ernten zuzuschauen und Selbstwirksamkeit beim Herstellen von Adventsgestecken zu erfahren. Dass diese 14 Standorte nun wohl ihre Existenz aufgeben müssen, ist ein schwerer Fehler des Senats. Die

Kosten, die mit der Schließung eingespart werden würden, stehen in keinem Verhältnis zu dem Nutzen dieser außerschulischen Lernorte, die so auch im Berliner Schulgesetz verankert sind. Ihr Verlust würde die Berliner Bildungslandschaft und damit die ganze Stadtgesellschaft hart treffen.

Investitionen in die Zukunft unserer Stadt?

Wie kann das im Sinne des Berliner Senatsbildungsverwaltung sein, die auf ihrem Insta-Kanal damit wirbt, dass „Bildung Priorität bleibt“? Es ist ein weiteres Symptom der Unruhe, die die schwarz-rote Landesregierung der Stadt zumutet. Institutionen, Projekte, Träger, Mitarbeitende und die Berliner – alle stehen im Regen der Unsicherheit und des Unklaren. Statt bei der Haushaltsplanaufstellung für den Doppelhaushalt 24/25 Prioritäten zu setzen, bei denen alle Akteure eine faire Chance gehabt hätten, sich auf Umstrukturierungen einzustellen, stellt der Senat nun die gesamte Stadtgesellschaft kurz vor Jahresende vor vollendete Tatsachen und zerstört gewachsene Strukturen und verbreitet Rat- und Planlosigkeit.

Die Kürzungen die hier, im Einzelplan 10 des Berliner Haushalts, vollzogen wurden, treffen die Jüngsten in unserer Stadt. Sie werden Auswirkungen haben auf die Kinder und Jugendlichen in Berlin, die nicht mit den besten Ressourcen starten konnten, deren Perspektiven und Chancen Rückenwind brauchen, um aufgehen zu

können, die von sozialer Ausgrenzung bedroht und gleicher gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen sind. Die geplanten Kürzungen haben schwere Auswirkungen:

- Wenn Klassenfahrten nicht mehr niedrigschwellig durchgeführt wer-

Menschen eine zweite Heimat finden können, wenn zuhause der Hausfrieden gerade schief hängt.

- Wenn queere Jugendfreizeiteinrichtungen ganz und gar schließen müssen, dann steht eine große Gruppe Jugendlicher, die von Aus-

- Wenn das Projekt Schüler*innen-Haushalt massive Kürzungen erfährt, kann das Demokratieprojekt nur noch an 44 Schulen statt wie geplant an 175 Standorten stattfinden. Ein Projekt, das junge Menschen motiviert, mitzugestalten, ein Verständnis für demokratische Verfahren zu entwickeln und Resilienz und Kompetenzen im Miteinander zu schulen. Ein Projekt, das lehrt, andere Meinungen anzuhören und Kompromisse auszuhandeln.

Demokratiebildung von Anfang an

Ein fatales Signal von CDU und SPD so kurz vor den anstehenden Bundestagswahlen. Statt in Stärkung, Solidarität, Miteinander und soziales Wachstum zu investieren, wird durch die absurden Haushaltsbeschlüsse eine Kluft zwischen unterschiedlichen Lebensrealitäten gerissen. Eine Kluft, die separiert und ausgrenzt. Wie soll gesellschaftlicher Aufstieg, soziale Teilhabe und persönliche Entwicklung ermöglicht werden, wenn niedrigschwellige Räume und Strukturen dafür wegbrechen? Profiteure solcher Entscheidungen sind die Akteure an den politischen Rändern. Das schwächt die Demokratie – und die Kinder und Jugendlichen unserer Stadt werden zurückgelassen.

■ Marianne Burkert-Eulitz, Sprecherin der Grünen Fraktion Berlin für Bildung und Familie



Marianne Burkert-Eulitz und Turgut Altuğ beim Besuch der Gartenarbeitsschule in Friedrichshain

Foto: Olja Koterewa

den können, bedeutet das für viele Kinder, ihrer Möglichkeiten beraubt zu werden, die Stadtgrenzen und schwierige Familienkonstellationen verlassen zu können, um neue Regionen, Kulturen und Sprachen und das Zusammenspiel in nicht-alltäglichen sozialen Gefügen zu erfahren.

- Wenn Baukostensteigerungen bei Jugendfreizeiteinrichtungen nicht mehr übernommen werden, dann können weniger Räume saniert und errichtet werden, in denen junge

grenzungen und Anfeindung bedroht ist, auf der Straße – ohne Schutzräume, ohne Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten.

- Wenn Schulersatzprojekte dicht machen, dann sind junge Menschen, die aufgrund von Erkrankungen oder psychischen Einschränkungen nicht am Regelschulbetrieb teilnehmen können, von schulischen Angeboten gänzlich ausgeschlossen und einer späteren beruflichen Perspektive und gesellschaftlicher Teilhabe beraubt.

Haushaltschaos und Kulturabbau

#BerlinistKultur – aber wie lange noch?

Fassungslosigkeit, nacktes Entsetzen und steigende Wut – so reagieren nicht nur die vielen Betroffenen auf die Kürzungspläne von CDU und SPD für den Berliner Landeshaushalt, die kurz vor der Jahreswende öffentlich wurden.

Seit über einem Jahr diskutiert Berlins schwarz-rote Regierung im Hinterzimmer darüber, wie sie das selbst verschuldete Haushaltschaos und Defizit im Landeshaushalt von 3 Milliarden Euro auflösen können. Jetzt, zu Beginn des neuen Haushaltsjahres 2025, ist klar: Berlin steht vor einem haushaltspolitischen Scherbenhaufen, mit gravierenden Konsequenzen für die gesamte Stadt. So gut wie jeder Lebensbereich ist von den schwarz-roten Kürzungen betroffen, vom öffentlichen Personennahverkehr und Radwegeausbau, über die schulische Bildung und Jugendarbeit, bis zur sozialen Grundversorgung für die Schwächsten in unserer Gesellschaft.

Besonders hart trifft es die Berliner Kulturlandschaft. Obwohl der Anteil der Kulturförderung gerade einmal 2,1 Prozent am gesamten Landeshaushalt ausmacht, soll hier 2025 die gigantische Summe von 135 Millionen eingespart werden. Das entspricht einem Anteil von rund 15 Prozent des Kulturetats, deutlich mehr als Schwarz-Rot andere Fachesen kürzt. Dagegen hat sich mit dem Bündnis #BerlinistKultur eine breite Protestbewegung aus Kunst- und Kulturschaffenden, Institutionen und Freier Szene, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft formiert. Ihre Kritik richtet sich dabei nicht gegen den Umstand, dass auch der Kulturbereich von den allgemeinen Einsparungen betroffen ist, sondern gegen die Art und Weise sowie deren Umfang. Zu Recht, wie auch wir Grünen finden. Denn die Kürzungen von CDU und SPD gefährden die Kulturmetropole Berlin in ihrer Substanz, sind in der Kürze der Zeit gar nicht umsetzbar und spielen zugleich den Feinden unserer vielfältigen, offenen Gesellschaft und Demokratie in die Hände.

Der AfD auf den Leim gegangen

Es ist alles andere als ein Zufall, dass die Kulturszene schon vor längerem ins Visier der extremen Rechten geraten ist. Denn AfD & Co. hassen, was unsere Stadt für Menschen aus der ganzen Welt so attraktiv macht: Vielfalt und Kreativität, gerade durch ihr internationales, innovatives Kulturleben. In Berlin ist eine Kulturlandschaft gewachsen, die weltweit einzigartig in Vielfalt und Qualität ist. Als „Stadt der Freiheit“ und „Kulturhauptstadt“ wird



Daniel Wesener bei einer Kundgebung vor dem Abgeordnetenhaus

Foto: Felix Francke

Berlin auch aus den Reihen der CDU und SPD gerne gerühmt. Umso gefährlicher ist der von ihnen beschlossene Kulturabbau, nicht zuletzt durch die Wahl der Argumente: Dabei wird der Kulturszene unterstellt, ein reines „Elitenprojekt“ zu sein, den Protestierenden „Subventionsmentalität“ und „mangelnde Wirtschaftlichkeit und Eigenverantwortung“ vorgeworfen. Mit diesen oder vergleichbaren Aussagen gehen der Regierende Bürgermeister und sein Kultursenator nicht nur der Kulturkampf-Rhetorik rechter Populist*innen auf den Leim, sondern sind auch meilenweit von der Berliner Realität entfernt.

Arm aber sexy? Kulturarbeit als Armutsrisiko

Denn an dem berühmten Credo von Klaus Wowereit, Berlin sei „arm, aber sexy“, hat sich bis heute wenig geändert, sofern es die ökonomischen Bedingungen der Kulturschaffenden in der Stadt betrifft. Künstlerische Tätigkeiten gehören nach wie vor zu den Berufsgruppen mit dem durchschnittlich geringsten Einkommen und dem größten Altersarmutsrisiko. Die Arbeits- und Lebensbedingungen der meisten Kunst- und Kulturschaffenden sind immer noch prekär, ebenso wie für einen Großteil der Solo-Selbstständigen in der Kreativwirtschaft. Hinzu kommt, dass selbst größere Kultureinrichtungen in der Stadt chronisch unterfinanziert sind, von den bezirklichen Musikschulen

und Galerien bis zu den öffentlichen Museen, Konzert- und Theaterhäusern. Für sie alle muss die Forderung aus den Reihen der Regierungskoalition nach „mehr Wirtschaftlichkeit“ wie der reine Hohn klingen.

CDU und SPD gefährden Berlins wirtschaftliche Basis

Zumal ein Großteil der Berliner Kulturbetriebe im bundesdeutschen Vergleich ausgesprochen erfolgreich wirtschaftet, etwa durch das Einwerben von Drittmitteln und Sponsoren-Geldern oder was den Anteil der Eigenfinanzierung durch Auslastung und Ticketverkäufe betrifft. Überhaupt hat sich Berlins Kulturlandschaft in den letzten Jahrzehnten als das eigentliche Rückgrat der städtischen Wirtschaft und Entwicklung erwiesen. Der Kultursektor trägt erheblich zur hiesigen Wertschöpfung bei, zahlreiche Jobs hängen direkt oder indirekt von der Branche ab. Zu den großen Profiteuren gehören Berlins Hotellerie, Gastronomie und Einzelhandel – und somit auch das Land Berlin selbst. Denn jeder öffentliche Euro, der in die Kulturlandschaft investiert wird, fließt in Gestalt von Steuereinnahmen doppelt und dreifach in den Staatshaushalt zurück. Dass ausgerechnet die selbsternannten Wirtschaftsparteien CDU und SPD diesen Zusammenhang – gemeinhin auch als Umwegrentabilität bezeichnet – nicht begreifen, ist doppelt verheerend: Für die Berliner

Kultur und die wirtschaftliche Basis dieser Stadt.

Stümperhaft und ignorant: Das Haushaltschaos geht weiter

Wenn jemand berechnete Zweifel am seriösen Umgang mit Geld aufkommen lässt, dann die Regierungskoalition selbst. Sie beabsichtigt kurzfristige, überproportionale und planlose Kürzungen, die irreparable Schäden in der Berliner Kultur verursachen werden. Denn viele ihrer Kürzungspläne sind 2025 faktisch gar nicht umsetzbar. Auch nicht im Kulturbereich, der wenige Wochen vor dem Jahreswechsel aus der Zeitung von dem geplanten Kahlschlag erfahren musste. So ignorieren CDU und SPD zum Beispiel völlig den Umstand, dass der größte Teil der Kulturförderung auf Einrichtungen mit hohen Fixkosten entfällt. Diese laufenden Personal- und Mietkosten können kurzfristig gar nicht eingespart werden, weil sie durch Vertrags- und Arbeitsrecht langfristig gebunden sind. Das gilt insbesondere für die großen Theater, Konzert- und Opernhäuser, deren Programm- und Budgetplanungen schon zwei Spielzeiten im Voraus so gut wie abgeschlossen sind. Änderungen oder Kündigungen bereits geschlossener Verträge sind nur unter Inkaufnahme hoher Regresszahlungen und Einnahmeverluste möglich. Das stümperhafte Vorgehen von CDU und SPD stellt aber nicht nur die betroffe-

nen Kulturbetriebe vor existenzielle Probleme, sondern bringt auch weitere Haushaltsrisiken mit sich. Zumal die Kulturverwaltung bis heute nicht sagen kann, wie sie einen relevanten Anteil der beschlossenen Kürzungen überhaupt realisieren will. Das heißt wiederum: Das schwarz-rote Haushaltschaos geht auch in 2025 unvermindert weiter.

Auf dem Rücken der Schwächsten und von Berlins Zukunft

Trotz vereinzelter „Nachbesserungen“ durch die Koalitionsfraktionen fallen die Auswirkungen der Kürzungen von CDU und SPD auf die Berliner Kulturlandschaft desaströs aus. Die meisten großen Häuser werden sich durch einen Rückgriff auf ihre Rücklagen noch über das Jahr 2025 retten können. Doch spätestens zum Jahreswechsel 2025/2026 droht selbst so bedeutenden Institutionen mit internationaler Bekanntheit wie dem Deutschen Theater oder der Volksbühne die Insolvenz. Für andere Kulturorte und künstlerischen Programme kommt bereits mit dem neuen Jahr das Aus, darunter die ehemalige Werkstatt der Kulturen in Neukölln oder die Berlin Mondiale. Besonders hart trifft es spartenübergreifend die Projektförderung für die Freie Szene, die kulturelle Bildung und so gut wie alle Maßnahmen für mehr Teilhabe und Diversität: Mit der Abschaffung vom eintrittsfreien Museumssonntag oder dem Ende der Jugendkulturinitiative kürzt Schwarz-Rot vor allem bei den Jüngsten und Schwächsten in der Stadt. Am dramatischsten fällt der Kahlschlag jedoch beim künstlerischen Arbeitsraumprogramm aus, das nach dem Willen von CDU und SPD vollständig abgewickelt werden soll. Die Stadt verliert damit geförderte Ateliers, Musikproberäume und Probebühnen für Tausende von Künstlerinnen und Künstlern, deren Arbeit und Lebensunterhalt von eben diesen Räumen abhängt. Schwarz-Rot entzieht damit nicht nur ihnen, sondern auch der Zukunft der Kunst- und Kulturmetropole Berlin – im wahrsten Sinn des Wortes – den Grund und Boden. Sollten die Pläne der Regierungskoalition wirklich wahr werden, ist Berlin längste Zeit Kulturhauptstadt gewesen.

- Daniela Billig
Kulturpolitische Sprecherin der Grünen Abgeordnetenhausfraktion
- Daniel Wesener
Sprecher für Kulturfinanzierung der Grünen Abgeordnetenhausfraktion

Grüner Kontakt in Xhain – www.gruene-xhain.de

Grünes Büro („Igelbau“)
Dresdener Straße 10 – 10999 Berlin
info@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de
Fon: +49 30 614 31 46
Kreisgeschäftsführerin:
Tinka Kurt
Bürozeiten: Di: 15:00-18:00 Uhr,
Do: 12:00-15:00 Uhr

Geschäftsführender Ausschuss
Alena Dietl, Alina Zimmermann, Clara Kölmel, Jenny Laube, Kübra Beydaş, Milan Bachmann, Monika Herrmann

Treffen der Bezirksgruppe
Die grüne Basis trifft sich jeden 2. und 4. Dienstag im Monat um 19:00 Uhr.
Für Details siehe www.gruene-xhain.de/termine

Fraktion im Bezirksparlament
Yorkstraße 4-11 – 10965 Berlin
fraktion@gruene-xhain.de
www.gruene-xhain.de/bvv_fraktion
Fon: +49 30 90 298 25 90
Fraktionsgeschäftsführerin:
Iris Burkhardt
Bürozeiten:
Mo: 11:00-16:00 Uhr,
Mi: 9:00-18:00 Uhr
Fraktionsvorstand: Karl-Heinz Garcia Bergt, Vito Dabisch, Sarah Jermutus, Olja Koterewa, Silvia Rothmund, Pascal Striebel

Büro Grüne Jugend Berlin
Dirschauer Straße 13 - 10245 Berlin
info@gruene-jugend-berlin.de
www.gruene-jugend-berlin.de
Fon: +49 30 66 76 30 00
Treffen: Do 19:00 Uhr

Unsere Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses
Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin
E-Mail: Vorname.Nachname@gruene-fraktion.berlin
Fon +49 30 23252401
Dr. Turgut Altuğ
Fon: +49 30 2325 2430
Marianne Burkert-Eulitz
Fon: +49 30 2325 2408
Werner Graf
Fon: +49 30 2325 2437
Antje Kapek
Fon: +49 30 2325 2401
Katrin Schmidberger
Fon: +49 30 2325 2474
Julian Schwarze
Fon: +49 30 2325 2444
Vasili Franco
Fon: +49 30 2556 0770
Daniel Wesener
Fon: +49 30 2325 2416

Wahlkreisbüros
Marianne Burkert-Eulitz,
Antje Kapek, Daniel Wesener
Dein grünes Büro
Wrangelstraße 92 – 10997 Berlin
Fon: +49 30 5210 1794

Dr. Turgut Altuğ
Großbeerenstr. 71, 10963 Berlin

Vasili Franco und Julian Schwarze
Kreutzigerstraße 8, 10247 Berlin
Fon: +49 30 2556 0770

Unsere Vertretung Im Bundestag
Canan Bayram
www.bayram-gruene.de
Platz der Republik 1 – 11011 Berlin
canan.bayram@bundestag.de
Fon: +49 30 2277 8144

Mitglied werden

könnt ihr unter

www.gruene-xhain.de/ueber-uns/mitglied-werden/

